

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Wochenblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adressen
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Postfachstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 245.

Freitag, 20. October 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Aufgabestellen, sowie am Schalter der allerd. Postämtern 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Ausgegeben-Kassa für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rantzenstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung

die Bergpflanzstation für mittellose Wanderer in Großenhain, Riesa und Radeburg betreffend.

In Gemäßheit des Beschlusses der Bezirksversammlung der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain vom 23. Juni d. J. werden die in den Herbergen der Städte Großenhain, Riesa und Radeburg befindlichen Naturalbergpflanzstationen für unbemittelte Reisende vom 1. November d. J. ab des auf Weiteres wieder eröffnet.

Großenhain, am 17. October 1893.
Die Königl. Amtshauptmannschaft.
J. S.: von Gruben. Wk.

Bekanntmachung

Die in Gemäßheit von Artikel II. § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetz-Blatt Seite 245 flg. — nach dem Durchschnitt der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Großenhain im Monat September dieses Jahres festgesetzte und um fünf vom

Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monat October dieses Jahres an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangende Marschfouage beträgt:

- 9 Mk. 76 Pf. für 50 Kilo Hafer,
- 6 Mk. 9 Pf. = 50 = Sen,
- 3 Mk. 4 Pf. = 50 = Stroh.

Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain,
am 18. October 1893.

D. 1463. J. S.: v. Gruben. En.

Dienstag, den 24. October 1893,

Vormittags 10 Uhr

kommen im Hotel zum Kronprinz hier 2 Dugend Paar Damensiefel, 45 Paar Ballschuhe und 3 Paar lange Schastliefel gegen sofortige Bezahlung meistbietend zur Versteigerung.

Riesa, 18. October 1893.
Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsger.
C. Sidam.

Tagesgeschichte.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht seinen den „Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Köln 1893“. So umfangreich dieses Schriftstück, das volle vier Seiten des sozialdemokratischen Centralorganes umfaßt, auch ist, so bietet dasselbe außer dem statistischen Material nichts wesentlich Neues. Der größte Theil des Berichtes wird durch pompöse Erörterungen über das „Stete Wachsthum“ der Partei und durch ausführliche Darlegungen über die „Unerblichkeit“ des Nachlassens der Gewerkebewegung ausgefüllt; man erfieht daraus sehr deutlich, daß man in den Kreisen der „Genossen“ an die „Sieghaftigkeit“ der Socialdemokratie nicht mehr recht glauben will und daß darum der Parteivorstand genöthigt ist, sich wegen der bei den letzten Reichstagswahlen den „Genossen“ bereiteten großen Enttäuschung zu verantworten. Zu diesem Zwecke läßt denn der „Bericht“ eine Reihe imposanter Zahlen aufmarschieren. Thäten es diese Zahlen allein, so müßte freilich die Socialdemokratie die stärkste und mächtigste Partei nicht bloß in Deutschland, sondern in der civilisirten Welt sein. Aber nicht Zahlen allein thun es, sondern erst der praktische Erfolg ist maßgebend, und so beweist uns denn die vom „Vorwärts“ veröffentlichte Statistik, daß die Socialdemokratie in der Agitation ganz ungemein viel geleistet hat, daß der Erfolg mit diesen Leistungen ganz und gar nicht im Einklang steht. Eine wirklich „sieghafter“ Gedanke, eine tatsächlich „völkerebefreiende“ Lehre würde sich mit den von den Socialdemokraten für die Verbreitung ihrer Irrlehren verwendeten Mitteln ganz anders ausgebreitet haben. An Briefen und Karten sind im letzten Jahre im socialdemokratischen Bureau nicht weniger wie 6232 (gegen 3227, bezw. 3842 in den beiden Vorjahren) eingelaufen und 4730 (gegen 3494, bezw. 3633) abgegangen. Circulars und Drucksachen sind in diesen Zahlen nicht mit aufgeführt. Die Schreibseligkeit der „Genossen“ muß demnach eine recht große sein. Die Cassenverhältnisse der Socialdemokratie sind bekanntlich vortrefliche. Im Jahre 1892 betrug die Einnahme der Parteicasse nicht weniger als 258 326 Mark. Gleichwohl reichte diese bedeutende Summe nicht zur Deckung der „Betriebskosten“ der Partei; es mußten noch 54 753 Mark, dem, wie man weiß, sehr starken Reservesonds, der angeblich in der Londoner Bank liegt, entnommen werden. Demgemäß haben in dem letzten Betriebsjahre die Kosten der socialdemokratischen Partei 320 631 Mark betragen. Das ist gewiß eine „imposante“ Summe; sie übersteigt ohne jeden Zweifel die Beiträge, welche alle übrigen Parteien zusammengenommen in der gleichen Zeit zu Agitations-, Wahl- u. d. Zwecken verwendet haben. Wenn gleichwohl der Erfolg der Socialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl sich mit dem der anderen, vielfach einander noch bekämpfenden Parteien, gar nicht vergleichen läßt, so wirft diese Erscheinung ein helles Licht auf die künstliche „Macht“ der Socialdemokratie. Von den erwähnten Ausgaben entfielen auf „Unterstützungen“ 15 195 Mark, auf „Prozeß- und Gefängnislosten“ 19 246 Mark. Also nur die Summe von noch nicht 34 500 Mark, das ist nicht viel mehr als der zehnte Theil sämmtlicher Ausgaben, ist den „Genossen“ zu Gute gekommen. Dagegen blieben an der Parteitrippe über 100 000 Mark hängen, nämlich für „Reichstagskosten“ 19 806 Mark, für „Wähler- und Verwaltungsausgaben“ 19 162 Mark; „Zahleinsconten“ 20 550 Mark und

„Fremdunterstützungen“ 50 814 Mark. Zur allgemeinen (permanenten) Agitation ist die Summe von 37 049 Mark, zur Wahlagitation allein sind 133 136 Mark verwendet worden. Einschließlich der oben erwähnten Reichstagsdiäten von rund 20 000 Mark hat also jeder der 43 socialdemokratischen Abgeordneten rund 3640 Mark gekostet! Ob diese Vertretung den „Genossen“ wirklich soviel werth sein mag? Verlag und Buchhandlung des „Vorwärts“, bekanntlich durchaus nach „capitalistischer Methode“ betriebene Unternehmungen, haben bei einem Gesamtumsatz von rund 400 000 Mark im verfloffenen Jahre 40 665 Mark, also 10 Proz. Reingewinn gebracht. Die „Genossen“ sollen diesen Umstand wohl beachten; denn jeder Vorwurf der Ausbeutung, den die Parteileitung an andere private Unternehmungen richtet, die mit einem ähnlichen Gewinn arbeiten, trifft auch die Geschäftsleitung des „Vorwärts“.

Deutsches Reich. Ueber die deutsch-russischen Zollverhandlungen läßt sich in dem gegenwärtigen Stadium, wo es darauf ankommt, sich gegenseitig über die gestellten Forderungen auszusprechen, neue Angebote zur Kenntniß zu nehmen und in Erwägung zu ziehen, selbstverständlich noch gar kein Ueberblick über die weitere Entwicklung der Dinge gewinnen. Die von Rußland entsandten Vertreter zeichnen sich, wie man der „Pol. Correspondenz“ aus Berlin schreibt, durch große Sachkunde aus und weisen den russischen Standpunkt in vornehmer Weise wahrzunehmen.

Den „V. P. Nachr.“ zufolge ist begründete Aussicht dafür vorhanden, daß durch den Reichshaushalt für 1894/95 die Ausdehnung des Systems der Dienstalterszulagen auch für die Ganzelei- und mittleren Beamten des Reiches zur Einführung gelangen wird und zwar in Anlehnung an diejenigen Grundzüge, nach denen diese Regelung in Preußen erfolgt ist.

Der „Reichsanzeiger“ bringt die amtliche Mittheilung, daß der General von Kallenberg-Stachau auf seinen Antrag von dem Amt als Kriegsminister entbunden und der General v. Inf. u. D. Bronsart von Schellendorff zum Kriegsminister ernannt ist. So bekannt es auch war, daß über kurz oder lang ein Wechsel im Kriegsministerium bevorstand, kommt die amtliche Mittheilung jetzt doch etwas überraschend. Herr von Kallenberg hatte der „Voss. Ztg.“ zufolge am Dienstag dem Kaiser in Hubertusstock von Neuem sein Abschiedsgesuch überreicht. Das erste Entlassungsgesuch, das er unmittelbar vor den diesjährigen großen Manövern in Elsaß-Lothringen und Süddeutschland einreichte, wurde damals vom Kaiser abgelehnt. General von Kallenberg übernahm 1891 als Nachfolger des Generals Verdy du Vernois das Kriegsministerium.

Ueber die Vorarbeiten für eine Umgestaltung des Irrenwesens erfährt die „Deutsche Med. Wochenschrift“, daß die wissenschaftliche Deputation für das Medicinalwesen ein umfangreiches Gutachten ausgearbeitet hat und daß auf Grund dieses Gutachtens commissarische Beratungen mit den beteiligten Ministerien stattgefunden haben. Es wird beachtet, daß die Vorschriften über die Aufnahme von Personen in Irrenanstalten zu verschärfen, eine eingehendere Aufsicht über diese Anstalten einzuführen und eine Besuchscommission einzurichten, die nicht nur die Einrichtungen der Anstalt prüfen, sondern auch den einzelnen Personen ihre Fürsorge zuwenden soll. Es entspricht dies einem Vorschlage des Professors Medem in Greifswald, wonach aus höheren

Beamten des Kirchen-, Schul-, Medicinal-, Verwaltungs- und Justizdienstes Fürsorgeämter zu bilden sind, denen über jede Unterbringung einer Person in Erziehungsanstalt, Zwangs-erziehung oder Sicherungsanstalt sofort und demnächst von Jahr zu Jahr Bericht zu erstatten ist. Diese Fürsorgeämter sollen über Art, Bortdauer und Aufhebung der Unterbringung jederzeit Bericht fassen, sowohl auf Antrag Beteiligten, als von Amts wegen. Dasselbe findet Anwendung auf die Unterbringung entmündigter Personen. Wahrscheinlich wird auch der § 598 der Civilprozeßordnung abgeändert werden. Dieser lautet: Der zu Entmündigende ist persönlich unter Zuziehung eines oder mehrerer Sachverständiger zu vernehmen. Die Vernehmung kann auch durch einen ersuchten Richter erfolgen. Die Vernehmung kann unterbleiben, wenn sie nach Ansicht des Gerichts schwer ausführbar oder für die Entscheidung unerheblich oder für den Gesundheitszustand nachtheilig ist. Auch die Einführung des Rechtsmittels der Revision im Entmündigungsverfahren ist in Vorschlag gebracht worden.

Die kaiserliche Canalkommission für die Erbauung des Nord-Ostsee-Canals zu Kiel ist vom Reichschatz-Secretär mit der Herbeischaffung des statistischen Materials über den bisherigen Schiffsverkehr aus der Ostsee nach den Häfen der Nordsee und weiter beauftragt worden. Dies würden diejenigen Schiffe sein, die zu einem großen Theil demnächst den Nord-Ostsee-Canal zu passiren haben. Es soll der Umfang des vorgedachten Schiffsverkehrs in den sechs Jahren von 1887 bis einschließlich 1892 dargestellt werden, und zwar nach der Art der Schiffe, ihren Namen, ihrer Ladung, ihrer Tragfähigkeit in Registertons, ihrer Nationalität und Flagge, dem Datum ihres Eingangs und ihres Ausgangs sowie ihres Bestimmungshafens.

Die Verwaltung des CongoStaates erhielt die Nachricht, Major v. Wismann habe im Juli die Wamwambas, 5000 Mann stark, in die Flucht gejagt und 100 Schlangen befreit.

Oesterreich-Ungarn. Aus Wien wird gerücheweise gemeldet, die Auslösung des Abgeordnetenhauses sei in formender Woche zu gewärtigen.

England. Ueber das Schicksal der Damerule-Vorlage nach deren Ablehnung durch das Oberhaus äußerte der Minister des Innern, Asquith, in einer politischen Rede zu Glasgow, die Annahme, die Damerule-Vorlage würde in der nächsten Tagung des Parlaments wieder eingebracht werden, sei irrig. Die Regierung gedenke nicht, ihren Dameruleplan fallen zu lassen, aber sie beabsichtige, die nächste Tagung ausschließlich der britischen Gesetzgebung zu widmen.

Belgien. Der Bergarbeiterausstand in Belgien gilt nunmehr als beendet. Sämmtliche Arbeiter, ausgenommen etwa tausend, haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Brazillen. Wie das Köpmann'sche Telegraphen-Bureau aus zuverlässiger Quelle erfährt, soll mit dem Entreffen der deutschen Kriegsschiffe „Arcona“ und „Alexandrine“ in Rio de Janeiro eine Besserung der dortigen Lage eingetreten sein. Besonders sei dem Commandanten und Corvettencapitän Hoffmeier Anerkennung gezollt worden für seine thätige Unterstützung. Es wurde unter Mitwirkung der deutschen Kriegsschiffe dem Dampfer des Norddeutschen Lloyd die sichere Uebernahme seiner Caffeeladung ermöglicht.